

Chronik der Krise

Frühjahr 2007: Zahlungsausfälle bei Hypothekenkrediten in den USA lenken die Aufmerksamkeit auf eine spezielle Art von Darlehen (Subprime), die zu Hunderttausenden an nichtsolvente Hausbauer und -besitzer vergeben wurden. Finanzpapiere, die von Banken unter Einbeziehung solcher Darlehen gehandelt werden, verlieren schlagartig an Wert.

Juli 2007: Die Düsseldorfer Bank IKB räumt ein, am US-Markt Verluste in Milliardenhöhe zu erwarten.

August 2007: Chefbankenaufseher Jochen Sanio spricht von der »drohenden größten Bankenkrise seit 1931«.

Herbst 2007: Weitere Finanzinstitute räumen Verluste im Zusammenhang mit Spekulationen im Subprime-Bereich ein. Dazu zählen WestLB, Deutsche Bank, die Landesbank Baden-Württemberg und die Hypo Real Estate(HRE). Milliardenverluste nach Spekulationen in den USA auch bei der Sachsen LB. Das Land muß für den Schaden haften.

Oktober 2008: Das Bundeskabinett verabschiedet ein Finanzpaket in Höhe von 500 Milliarden Euro zur Rettung maroder Banken. Der »Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung« (SoFFin) wird eingerichtet.

17. Februar 2009: Die Bundesregierung einigt sich auf ein Gesetz zu Banken-Übernahme. Die Neuregelung soll vor allem eine Übernahme der Immobilienbank HRE ermöglichen.

April 2009: Es wird bekannt, daß die Wirtschaftskanzlei Freshfields - Bruckhaus - Deringer den Entwurf für das »Finanzmarktstabilisierungsgesetz« sowie eine Rechtsverordnung maßgeblich formuliert hat, die die Verstaatlichung der HRE regelt.

Juni 2009: Die HRE-Aktionärsversammlung erlaubt dem Bankenrettungsfonds SoFFin seinen Anteil durch den Kauf neuer Aktien für bis zu 5,64 Milliarden Euro von 47 auf weit über 90 Prozent zu erhöhen.

März 2010: SoFFin gibt bekannt, daß er nach der Übernahme der HRE im vergangenen Jahr einen milliardenschweren Verlust gemacht hat. Die HRE hat nach eigenen Angaben 2009 2,2 Milliarden Euro Verlust gemacht. Die Bundesregierung beschließt eine Bankenabgabe. Demnach sollen Banken und Sparkassen künftig jährlich 1,2 Milliarden Euro in einen gemeinsamen Notfalltopf einzahlen.

8. April 2010: Der Europäische Gerichtshof prüft die Verstaatlichung der HRE, nachdem mehrere Aktionäre gegen den Einstieg des Bundes auf Schadenersatz klagen.(jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/142727.chronik-der-krise.html>